



DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT-PDB

Landesverband Nordrhein-Westfalen

PDB · Grabenstraße 5 · 4000 Düsseldorf 1

An den
Präsidenten des Landtags
von Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags
4000 Düsseldorf 1



4000 Düsseldorf, den 28.02.90

Grabenstraße 5
Telefon: (02 11) 325840
Telex: 8584564 pdb n
Telefax: (02 11) 320584

Bankverbindungen:
Sparda Bank Essen eG.
Konto-Nr. 516666 (BLZ 360 60591)
Postgiroamt Essen
Konto-Nr. 174828-434 (BLZ 360 10043)

Unser Zeichen 18.40
(bei Antwort bitte angeben)

Betr.: Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des
Ordnungsbehördengesetzes

Drucksache: 10/5034

hier: Stellungnahme der Deutschen Polizeigewerkschaft-PDB,
Landesverband Nordrhein-Westfalen

Anlagen: 100 Überdrucke

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

zum o.a. Gesetzentwurf nehmen wir wie folgt Stellung :

Die PDB bedauert, daß die Landesregierung sich nicht für den
nach ihrer Auffassung besseren und effektiveren Weg entschieden
hat, die Verkehrsüberwachung im notwendigen Maß zu verbessern.

Der Weg wäre, die personellen und sachlichen Voraussetzungen
der Polizei zur Erfüllung dieser Aufgabe zu schaffen.

Nunmehr steht zu befürchten, daß die Polizei trotz ihrer aner-
kannten Personalnot im Wege der Amtshilfe für die Kreisordnungs-
behörden mit Ermittlungersuchen förmlich überschwemmt wird.

Die Landesregierung ist offensichtlich bereit, das hinzunehmen.

-2-

✓

Buchstabe "D-Kosten" des Gesetzentwurfs lautet:

" Durch.....die polizeiliche Ermittlungstätigkeit entstehen für das Land keine quantitativ meßbaren Mehrkosten."

Der zu erwartende Arbeitsaufwand der Polizei wird nach unserer Einschätzung und Erfahrung aber eine nicht zu bewältigende Größenordnung erreichen und die Polizeibeamten würden damit anderen wichtigen Aufgaben entzogen.

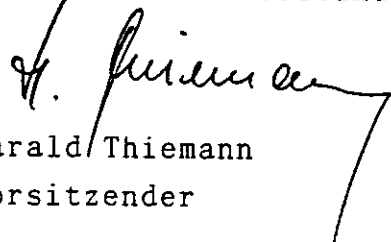
Wir fordern deshalb eine Regelung, die solche Entwicklungen verhindert, d.h., die erforderlichen Ermittlungen sowie die Abwicklung der Verfahren sind durch die Kreisordnungsbehörden durchzuführen.

Eine gleichlautende Forderung hat übrigens auch der 27.Deutsche Verkehrsgerichtstag am 27.01.89 erhoben.

Es muß jedenfalls dringend vermieden werden, daß die mögliche Entlastung der Polizei genau in das Gegenteil umschlägt.

Abschließend sei als Kuriosum darauf hingewiesen, daß einzelne Kommunen heute schon von der Polizei erwarten, daß sie "Wachposten" an den fest installierten Überwachungsgeräten aufstellt.

Für den Landesvorstand:



Harald Thiemann
Vorsitzender

MMZ10 /3347